

ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenkonvention

Abgeordnete Marian Hobbs, PNND Co-Präsidentin, ehem. neuseeländische Ministerin für Abrüstung

Abgeordnete Alexa McDonough, PNND Co-Präsidentin, ehem. Parteichefin der kanadischen New Democratic Party

Alyn Ware, Co-Verfasser des Modellentwurfs für eine Nuklearwaffenkonvention

KONVENTION

1. Abkommen
2. Regeln des Umgangs, des sozialen Verhaltens, die für die Gesellschaft als Verhaltensnorm gelten
3. Regel Duden Deutsches Universalwörterbuch, 6. Auflage

Die internationale Gemeinschaft hat Abkommen zum Verbot von chemischen und biologischen Waffen geschlossen und verbietet so nicht-staatlichen Akteuren den Erwerb, Besitz oder Gebrauch von Atomwaffen: Die Bio- bzw. Chemiewaffen-Konvention und die Konvention zur Bekämpfung von Nuklearterrorismus. Der Gebrauch des Begriffs "Konvention" signalisiert, dass es sich bei den Verträgen um mehr als nur Abkommen handelt; sie sind die Kodifizierung einer internationalen Norm: Sie stellen einen Anhaltspunkt dafür dar, welches Verhalten international akzeptiert werden kann und welches nicht und sieht darüber hinaus Mechanismen vor, durch die die tatsächliche Durchsetzung dieser Normen gewährleistet sein kann; besonders auch im Hinblick auf Massenvernichtungswaffen.

NobelpreisträgerInnen und die Abschaffung von Atomwaffen

"Das Scheitern, der atomaren Bedrohung direkt entgegenzutreten und bereits existierende Vertragsklauseln zu festigen, zerfetzt das Gewebe der kooperativen Sicherheit. Eine Welt mit Atomwaffen ist geteilt und instabil, ein Faktum, das noch von der Gefahr, die von der atomaren Verbreitung ausgeht, unterstrichen wird. In solch einem Umfeld kann es keine funktionierende Zusammenarbeit geben. Somit sind die Staaten nicht dazu im Stande, der Gefahr die von Armut, Umweltzerstörung und atomaren Katastrophen ausgehen, wirksam zu begegnen."

Rom Deklaration der NobelpreisträgerInnen, 19. November 2006



Die Abgeordnete Alexa McDonough und Nancy Covington bei der Präsentation des Buches 'Securing our Survival' und der Eröffnung der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen

Schwieriger zu regeln ist jedoch die Frage, wie man mit dem Besitz, den Drohungen oder dem Einsatz von Nuklearwaffen durch Staaten umgeht.

Terrorismus wurde definiert als die Androhung oder die tatsächliche Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten. Ist die ständige Androhung und der mögliche Einsatz von Nuklearwaffen durch einen Staat als weniger schlimm einzuordnen als ein Terrorakt, der von nicht-staatlichen Akteuren ausgeht?

Der Internationale Gerichtshof (ICJ) hat 1996 den Gebrauch von Atomwaffen oder auch die bloße Androhung davon durch staatliche sowie nicht-staatliche Akteure für illegal erklärt und rief zur Abschaffung von Atomwaffen auf. Die UN-Generalversammlung, die das Thema Nuklearwaffen beim Internationalen Gerichtshof eingebracht hatte, forderte die Durchsetzung dieser Ziele mittels Verhandlungen, die ohne Umwege zu einer Nuklearwaffenkonvention führen sollten. 12 Jahre danach drohen die Atomwaffen nach wie vor mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen und weigern sich, solche Gespräche zu beginnen.

Es sind aber nicht nur die Atomwaffen, die uns Sorgen bereiten. Das wichtige an einer Norm – also einer Konvention – ist, dass sie universal anwendbar ist. Wenn sie also stark ist, ist sie stark für alle. Wenn sie zu schwach ist, ist sie zu schwach für alle. Dadurch, dass die Atomwaffen die Norm nicht anerkennen wird der Weg zur nuklearen Verbreitung immer weiter geebnet. So hat sich schließlich Indien darum zur Produktion von Atomwaffen entschlossen, weil man den existierenden Atomwaffen entgegenzutreten wollte. Auf Indien folgte Pakistan; Nordkorea begründete sein Programm damit, dass sich

der Staat vor einem möglichen atomaren Angriff seitens der USA schützen wollte. Der Iran könnte es diesen Staaten nun gleich tun. Eine Nuklearwaffenkonvention könnte jedoch eine Anti-Atom-Norm wirksam unterstützen und könnte Mechanismen vorsehen, die der nuklearen Verbreitung entgegenwirken und zur atomaren Abrüstung beitragen können.

Aus diesen Gründen findet die Abschaffung von Atomwaffen mittels einer Nuklearwaffenkonvention immer mehr Unterstützung seitens unterschiedlichster Parteien. Die angesehene Kommission zu

Ein Vertrag zur nuklearen Abrüstung ist realistisch und kann durch sorgfältig gesetzte, vernünftige und praktische Maßnahmen erreicht werden. Es sollen Richtwerte und Definitionen festgelegt, Zeitpläne erstellt und beschlossen und Transparenzkriterien vereinbart werden.

Kommission zu Massenvernichtungswaffen, Abschließender Bericht 2006

Massenvernichtungswaffen sprach sich dafür aus, dass die Staaten "akzeptieren sollen, dass Atomwaffen für illegal erklärt werden, wie das auch biologische und chemische Waffen sind, und innerhalb einer akzeptablen Zeitspanne politische, rechtliche, technische und verfahrensorientierte Strategien entwickeln sollen, die dieses Ziel anstreben."



ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenkonvention

Während überall in der Welt der Forderungen nach Fortschritten im weltweiten Abrüstungsprozess laut werden, bietet diese aktuelle Studie (Securing Our Survival: The Case for a Nuclear Weapons Convention) eine aktualisierte Modell-Konvention mit deren Hilfe dieses historische Ziel erreicht werden soll. ParlamentarierInnen spielen eine essentielle Rolle im Bewerben und Befürworten dieses Ziels. Sie können durch gemeinsame überparteiliche Maßnahmen in Abrüstungsfragen die Unterstützung ihrer WählerInnen gewinnen und letztlich den Ratifizierungsprozess der Konvention mitgestalten. Die, die am Ende einen Nutzen aus nuklearer Abrüstung ziehen, sind das Volk, und es ist Pflicht der ParlamentarierInnen als deren RepräsentantInnen, sich dafür einzusetzen.

Im Jänner 2007 haben sich die beiden ehemaligen konservativen US-amerikanischen Staatssekretäre George Schultz (Staatssekretär unter Ronald Reagan) und Henry Kissinger (unter Richard Nixon) den Demokraten William Penn (Sekretär für Verteidigung unter Bill Clinton) und Sam Nunn (ehemaliger Vorsitzender des Armed Service Committee im Senat) angeschlossen und verfassten einen Gastkommentar im Wall Street Journal, in dem sie das Ende der nuklearen Abschreckungspolitik forderten, um eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen.

Noch aktueller sind die Versprechen der demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama und John Edwards, sich für die Abschaffung von Kernwaffen einzusetzen, wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen als Sieger hervorgehen würden.

Aktuell bleibt jedoch die Frage, ob die Etablierung einer Nuklearwaffenkonvention tatsächlich realistisch oder eine bloße Utopie ist. Um diese Frage zu erörtern, organisierte das Lawyers' Committee on Nuclear Policy 1997 ein Event, bei dem JuristInnen, WissenschaftlerInnen, DiplomatinInnen und AbrüstungsexpertInnen zusammentrafen um an einem Modellentwurf für eine Nuklearwaffenkonvention zu arbeiten, in der rechtliche, technische und politische Aspekte einbezogen sind, die für die Schaffung einer nuklearfreien Welt nötig wären. Neun Monate später wurde das

Ergebnis von den UN als UN Doc A/C.1/52/7 in Umlauf gebracht. Eine aktualisierte Modell-NWC wurde 2007 der Konferenz der Vertragsstaaten des Nichtverbreitungsvertrags und der 62. UN-Generalversammlung (UN Doc A/62/650) vorgelegt und im Buch Securing Our Survival: The Case for a Nuclear Weapons Convention (deut.: Unser Überleben sichern: Ein Plädoyer für eine Nuklearwaffenkonvention) veröffentlicht.

Das Buch Securing Our Survival legt ganz klar dar, was eine Nuklearwaffenkonvention ist, was getan werden müsste, um sie zu erreichen, warum sie notwendig ist, wer in darin einbezogen werden müsste und wann wir mit ihrer Durchsetzung rechnen können.

PNND hat die Buchpräsentationen beispielsweise in Australien, Neuseeland und Kanada auch finanziell gefördert und konnte die Unterstützung führender PolitikerInnen aus den unterschiedlichsten Parteien gewinnen, wie etwa die ehemaligen Premierminister Malcolm Fraser (Australien) und Jim Bolger (Neuseeland), NobelpreisträgerInnen wie Mairead Maguire; des Hohen Beauftragten für Abrüstungsfragen der UN Sergio Duarte; hohe militärische Führungskräfte wie Romeo Dallaire, den ehemaligen Kommandant der UN-Truppen in Ruanda; und ParlamentarierInnen und

andere führende PolitikerInnen wie Bürgermeister Akiba von Hiroshima.

Auch in Zukunft wird es Möglichkeiten geben, die Nuklearwaffenkonvention zu bewerben, wie zum Beispiel auf der Konferenz der Vertragsstaaten des Nichtverbreitungsvertrags 2008 im Mai, bei der auf Basis des NWC working paper und der Modell-NWC, die 2007 vorgelegt wurden, gearbeitet wird. Außerdem wird es auf der 63. UN-Generalversammlung im Oktober eine Abstimmung über den Beginn der Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention geben. ParlamentarierInnen sollten überall in der Welt ihre Regierungen dazu auffordern, diese beiden Initiativen zu unterstützen.

Für weitere Informationen siehe PNND-Updates 18 und 19 unter www.pnnd.org



Hon Marian Hobbs at NZ parliament launch of SOS